

Kluge Immobilienpolitik : für vier Jahre sistiert?

Autor(en): **Badran, Jacqueline**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **91 (2016)**

Heft 1-2: **Neubau**

PDF erstellt am: **26.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-658309>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KLUGE IMMOBILIENPOLITIK: FÜR VIER JAHRE SISTIERT?

Von Jacqueline Badran

Die Wahlen sind vorbei. Wir haben einen Rechtsrutsch im Nationalrat. Insbesondere die FDP und die SVP wittern gemeinsam Morgenluft, um eine neoliberale Agenda durchzudrücken. Die NZZ auch – diktiert sie doch den beiden Parteien die «liberale Agenda» ins Aufgabenheft. Lohnschutzabbau, Erosion der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping, Rentenhöhe runterfahren, dafür Rentenalter hochsetzen, Energiewende stoppen, Privatisierungen von Post, SBB und anderen wichtigen Kerndienstleistungen, Mietrecht aufweichen. Kurz: die Kaufkraft des breiten Mittelstandes schmälern, also all derjenigen, die von Lohn oder Rente leben. Dafür Konzerne und Kapital noch stärker entlasten und globale Grosskonzerne begünstigende Freihandelsabkommen abschliessen. Kurz: Die Erträge auf dem Kapital erhöhen.

Mir schwant Böses. Blockaden durch den Ständerat oder Referenden werden zum Alltag. Hetze gegen die andere Meinung und das Ausblenden von Fakten sowieso. Das gilt auch für meine Immobilienpolitik. Auf der Agenda der Rechten steht als erstes die Aufweichung des Mietrechts. Dieses sieht theoretisch eine Gewinnbremse, eine «Kostenmiete Plus», vor. Niemand

darf übermässig Gewinn machen – so will es das Gesetz. Das Bundesgericht definiert übermässigen Gewinn als einen halben Prozentpunkt über dem Referenzzinssatz. Bereits letzte Session wollte das Parlament diesen Entscheid via Gesetz umstossen. Auf dem Gut Wohnen, das ja



Bild: z/Vg.

Nationalrätin Jacqueline Badran schreibt in *Wohnen* zweimonatlich über ein aktuelles politisches Thema.
www.badran.ch

jeder zwangskonsumieren muss, soll man also unbegrenzt Gewinn machen dürfen. Ein Skandal ist das. Im alten Parlament ist das knapp durchgefallen. Im neuen werden solche ungeheuerlichen Begehren durchkommen. Man stelle sich

einmal die volkswirtschaftliche Wirkung vor: Erhöhen sich die Wohnkosten allein um hundert Franken pro Haushalt und Monat, werden den Mietenden fünf Milliarden jährlich mehr aus der Tasche gezogen – völlig leistungsfrei.

Sodann werden alle Unterfangen zugunsten des gemeinnützigen Wohnbaus gestoppt. Klar – Immobilien sind schliesslich nach rechter Lesart nichts anderes als eine Kapitalverwertungsveranstaltung. Aus Geld soll noch mehr Geld gemacht werden. Die Verschärfung der Lex Koller (also das Gesetz, das verhindert, dass ausländisches Kapital Wohnimmobilien erwerben darf) wird unter diesen Verhältnissen nicht mehr möglich sein. Die Börsenkotierung unseres Grund und Bodens sowie unserer Liegenschaften, der Ausverkauf unserer Heimat wird weiter voranschreiten.

Liebe Wohn-Genossenschafterinnen, liebe Wohn-Genossenschafter: In den kommenden Jahren werdet ihr als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehr wachsam sein müssen. Lasst euch das, was nur den Eigentümern nützt, nicht als Mittelstandspolitik zum Wohle der Schweiz verkaufen. Ihr alleine seid es, die Gegensteuer geben könnt. Ich zähle auf euch – so wie ihr auch auf mich zählen könnt. ■

ANZEIGE

Gartenbau – mit «G», wie: Genossenschaft.

GGZ
Gartenbau Genossenschaft Zürich

Gartenbau Genossenschaft Zürich 044 377 85 85 ggz-gartenbau.ch